

Antrag

der Fraktion der SPD

Umsetzung der Tierschutzstrategie im Land

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wann der Beschluss und die Veröffentlichung der schon seit fast drei Jahren überfälligen Tierschutzstrategie des Landes erfolgen soll;
2. welche Stellen an der Erarbeitung mitwirken bzw. mitgewirkt haben und warum sich die Erarbeitung derart verzögert hat;
3. wie der Schutz von Nutztieren insbesondere im Zusammenhang mit der Schlachtung künftig verbessert werden soll, um die in der Vergangenheit immer wieder aufgetretenen Skandale aufgrund fehlerhafter Betäubungs- und Tötungsgeräte oder unzulänglicher Zuführungsbereiche oder nicht sachgerechter Betäubungen und Tötungen durch im Schlachthofbeschäftigte oder nachlässige Veterinäre der Landkreise und Kreisfreien Städte oder unzulänglicher und vorschriftswidriger Unterbringung von Tieren im Wartebereich zu vermeiden und zu unterbinden;
4. welche konkreten Verbesserungen im Bereich der Tiertransporte und ihrer Kontrollen vorgesehen sind, um beispielsweise zu unterbinden, dass Kälber vorschriftswidrig ohne die Möglichkeit der tiergerechten Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme und/oder bei zu hohen Temperaturen transportiert werden;
5. welche konkreten Maßnahmen und Verbesserungen von Kontrollqualität und Kontrolldichte vorgesehen sind, um nicht sachgerechte und tierschutzwidrige Nutztierhaltungen festzustellen und zeitnah zu unterbinden;
6. welche konkreten Maßnahmen, auch im Bereich der Förderung, vorgesehen sind, um die Tierhaltung in den Bereichen, in denen es (noch) keine Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung gibt (wie bei Gänsen, Enten, Straußen oder Puten), zu verbessern;
7. welche Erhöhungen bei den Stellenplänen für Veterinärinnen und Veterinäre und ihrer Assistenzen in den vergangenen vier Jahren vorgenommen und auch durch Stellenbesetzungen umgesetzt wurden und welche weiteren Planungen hierzu bis 2026 (vorbehaltlich von Haushalts- und Stellenplanbeschlüssen durch den Landtag) bestehen;
8. durch welche konkreten Maßnahmen sich die Zustände in den Tierheimen (Besatzdichte, Ausstattung, bauliche Eignung) verbessern sollen, um die gestiegenen Aufnahmezahlen herrenloser oder weggenommener Hunde und Katzen zu verbessern;
9. in welchem Zeitrahmen sie durch welche Maßnahmen wie bspw. eine Förderung von Umbauten und Neubauten oder eine ordnungsrechtliche Vorgabe auf Bundesebene die Beendigung der ganzjährigen und mehrmonatigen Anbindehaltung bei Rindern anstrebt;

10. welche neuen Ansätze aus Sicht der Landesregierung notwendig und wie diese in der Tierschutzstrategie verankert sind.

6.5.2024

Stoch, Binder, Weber SPD

Begründung

Die schon lange angekündigte Tierschutzstrategie ist noch immer nicht veröffentlicht. Das ist angesichts des langen Vorlaufs, der Ankündigung und Verankerung im Koalitionsvertrag und auch des großen Aufwands mit der Einbindung vieler Beteiligter nicht nachvollziehbar.

Angesichts zahlreicher Skandale und Missstände bei Tiertransporten, in der Nutztierhaltung sowie in Schlachthöfen sowie anderen Problemfeldern (wie dem Welpenhandel, der starken Vermehrung herrenloser Katzen, dem Handel mit Exoten, der Haltung von Zirkustieren, etc.) ist dieser Stillstand im Tierschutz der Landesregierung inakzeptabel.